

# Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 17.04.2018

## Haushaltsplan 2018 einstimmig verabschiedet

Einstimmig verabschiedete der Gemeinderat den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung für das Jahr 2018, welche erstmalig nach dem neuen Kassen- und Haushaltsrecht erstellt wurden.

Unter Hinweis auf das 354 Seiten starke Zahlenwerk, welches dem Gemeinderat als Beratungsvorlage zugegangen war, erläuterte Bürgermeister Mauch ausführlich die Eckdaten und Besonderheiten des neuen Haushaltsplans. Ebenfalls wies er daraufhin, dass die Umstellung selbst eine große Herausforderung für die Finanzabteilung war, aber auch für alle anderen Abteilungen, da die Zuarbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlich war.

Der nun aufgestellte Haushaltsplan spiegle die weiterhin anhaltende robuste und stabile wirtschaftliche Entwicklung. Die Vorberatung des Haushaltsplans erfolgte in der Gemeinderatssitzung am 19.12.2017. Eine Vorbesprechung mit dem Landratsamt erfolgte im November 2017. Inhalt des Gesprächs waren der Haushaltsausgleich, die Kreditaufnahmen, sowie die Gewährung von Zuschüssen aus dem Ausgleichstock. Hierzu fand ein weiteres Gespräch mit Landrat Bauer am 24.01.2018 im Regierungspräsidium Stuttgart statt. Dort wurde die außerordentliche Situation Gerabronns im Haushaltsjahr 2018 anerkannt.

Im Weiteren erläuterte der Vorsitzende einige wesentliche Eckdaten des Haushaltsplanes. Im **Ergebnishaushalt** beläuft sich der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf 7.489.903 " und der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 10.287.726 ", somit auf ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von **-2.797.823 Ö**. Dieser Verlust ist innerhalb von drei Jahren auszugleichen, bzw. mit dem Eigenkapital zu verrechnen. Gerabronn wird verrechnen, so der Vorsitzende.

Im **Finanzhaushalt** beläuft sich der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 7.331.500 " und der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 9.936.810 ", was einen Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts von -2.605.310 " entspricht. Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt 4.116.100 ", der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt 8.799.570 ", was einen veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -4.683.470 " ergibt. Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 2.920.000 ", der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit beträgt 350.000 ", was einem veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -2.570.000 " entspricht. Die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands ergibt einen **Saldo** des Finanzhaushalts in Höhe von **-4.718.780 Ö**.

Zum Abschluss des Zahlenwerks erläuterte Bürgermeister Mauch, da nach der neuen Haushaltssystematik geplant wurde, sei ein Vorjahresvergleich der Haushaltszahlen leider nicht mehr möglich.

Zur Berechnung der Umlagen und Zuweisungen nach dem kommunalen Finanzausgleich informierte der Vorsitzende, dass sich bedingt durch die hohe Gewerbesteuernachzahlungen aus dem Jahr 2016 im Jahr 2018 eine Verschlechterung um -3.630.004 " ergebe. Dabei reduziere sich u.a. die Schlüsselzuweisung auf 247.500 " (Vorjahr 2.015.717 ") und die an den Landkreis zu zahlende Kreisumlage erhöhe sich auf 2.564.750 " (Vorjahr 1.583.286 ").

Die Steuerhebesätze blieben mit Ausnahme des Gewerbesteuerhebesatzes unverändert, berichtete Bürgermeister Mauch. Dieser erhöhe sich von 350 v.H. auf 365 v.H. und entspreche damit ca. dem Durchschnitt im Landkreis. Die Erhöhung war unvermeidlich, da bei Gesprächen im Regierungspräsidium Stuttgart klar zum Ausdruck gebracht wurde, dass Gerabronn seine eigenen Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen müsse, um zukünftig bei den Ausgleichstockanträgen berücksichtigt zu werden, andernfalls könne künftig kein Geld aus Stuttgart erwartet werden.

Im weiteren Verlauf erläuterte der Vorsitzende einzelne geplante Ergebnisse des Produkthaushalts. So werde beispielsweise beim Produkt Bestattungswesen ein Zuschussbedarf i.H.v. rd. 53.700 " ausgewiesen. Eine Neukalkulation im Laufe des Jahres 2018 werde deshalb sicher erforderlich.

Zur Verschuldung führte Bürgermeister Mauch aus, dass für die Finanzierung der Investitionen eine Darlehensaufnahme in Höhe von 2,92 Mio. " erforderlich werde. In der mittelfristigen Finanzplanung 2016-2020 war für 2018 ein Kreditbetrag von rd. 1,4 Mio. " vorgesehen. An Kredittilgungen sind 350.000 " veranschlagt. Somit ergebe sich eine Erhöhung des Schuldenstandes um 2,57 Mio. ", was einer Gesamtverschuldung zum Jahresende 2018 von rd. 4,235 Mio. " entspreche. Durch diese fast Verdreifachung des Schuldenstandes steige die Pro-Kopf Verschuldung leider deutlich auf rd. 992 EUR an, bleibe aber immer noch unter der 1.000 " Grenze pro Kopf.

Die kalkulatorischen Abschreibungen der kostenrechnenden Einrichtungen betragen rd. 350.900 ". Bezüglich der internen Leistungsverrechnung (früher innere Verrechnungen) verhält es sich so, dass zukünftig die Personalkosten der Hauptverwaltung (Rathaus) prozentual auf alle Produkte verteilt werden. Die Sach- und Betriebskosten der Hauptverwaltung wurden nach geschätzten Werten auf die weiteren Produkte verteilt. Die Kosten für den Regiebetrieb Bauhof wurden ebenfalls nach Erfahrungswerten auf die jeweiligen Produkte umverteilt. Ab 01.01.2018 arbeitet die Verwaltung mit einem separaten Bauhofverfahren (im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung).

Zu den Personalkosten informierte Bürgermeister Mauch, dass diese mit 2.601.950 " veranschlagt seien (Vorjahr 2.404.940 " ), somit um ca. 8 % gestiegen sind, was den

regelmäßigen Tarifierungen und dem zusätzlichen Personal für die Kindergärten geschuldet sei.

Zum Finanzhaushalt führte Bürgermeister Mauch aus, dass dieser nicht mit dem früheren Vermögenshaushalt 1:1 vergleichbar sei. Vielmehr beinhalte der Finanzhaushalt auch die Investitionsmaßnahmen. Der Ausgleich des Finanzhaushalts erfolge über die Liquiditätsplanung. Frühere Instrumente wie die Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt bzw. die allgemeine Rücklage stünden nicht mehr zur Verfügung. Ebenfalls könnten die in 2017 geplanten und begonnenen Maßnahmen auch nicht mittels Haushaltsresten vom Haushaltsjahr 2017 in das Haushaltsjahr 2018 übertragen werden. Die Restbeträge wurden in 2018 nochmals veranschlagt.

Zum Abschluss seiner Ausführungen gab der Vorsitzende noch ein Überblick über die Schwerpunkte der Investitionen des Jahres 2018 und über die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2017 . 2021, welche nach reiflicher Überlegung vorab äußerst dünn gehalten wurde.

Schwerpunkte des Jahres 2018 sind:

- “ Weiterführung der Stadtsanierung „Stadtmitte“ (Umbau des hist. Rathausgebäudes
- “ Sanierung des Kindergarten „Post“
- “ Erneuerung der Heizungsanlage im Schulzentrum mit externen Anschlüssen
- “ Erschließung der Baugebiete „Lindenbronner Weg“ (5. BA) und des Baugebietes „im Ort“ in Amlishagen
- “ Erneuerung der Roßgasse in Dünsbach mit Kanalisation und Wasserversorgung
- “ Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs HLF20 für die Feuerwehr Gerabronn
- “ Kompletterneuerung Spielplatzanlage-Langenburger Straße (Brändleswiese)
- “ Beseitigung der Hochwasserschäden in Dünsbach-Forst

Bürgermeister Mauch endete mit seinem Resümee, dass das Jahr 2018 ein Ausnahmejahr bzgl. der Kreditaufnahme und des Finanzierungsmittelbedarfs bleiben müsse. Das Haushaltsjahr 2018 werde sehr schwierig. Es gelte nach wie vor auf äußerste Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin zu achten. In den kommenden Jahren seien erhebliche Anstrengungen bzgl. der Erwirtschaftung der Abschreibungen/Auflösungen erforderlich, damit ein Haushaltsausgleich möglich sei.

Nachdem im Anschluss an den Sachvortrag noch einige Fragen aus dem Gemeinderat beantwortet wurden, gaben anschließend die im Gemeinderat

vertretenen Fraktionen, mit der größten Fraktion beginnend, ihre Stellungnahmen zum vorliegenden Haushaltsplan ab.

Stadträtin Heidegret Mayer gab die Stellungnahme der **Freien Wählervereinigung** ab.

Zu Beginn ihrer Rede stellte sie fest, dass der Haushaltsplan 2018 ein besonderer Haushalt sei und durch die Umstellung sich nur schwer mit seinen Vorgängern vergleichen lasse. Die Aufnahme von fast 3 Mio. " Kredit erhöhe den Schuldenstand erheblich, was im Klartext einer pro Kopf Verschuldung von 992 " entspreche . ein großer Zuwachs verglichen mit den Vorjahren. Zum Auf und Ab im Umlagesystem des kommunalen Finanzausgleichs betonte Stadträtin Mayer, dass dies Bestandteil des solidarischen Prinzips unserer föderalistischen Struktur sei, wonach finanzstarke Gemeinden finanzschwache Gemeinden stützten und wovon Gerabronn in den schlechten Jahren auch profitiert habe.

Weiter machte Sie Ausführungen zu den Steuerhebesätzen, wo insbesondere die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage auch von der Freien Wählervereinigung als unausweichlich angesehen wurde, um weiter aus den Fördertöpfen bedient zu werden. Ebenfalls wurden die Erhöhung der Personalkosten und der hohe Abmangel im Bestattungswesen angesprochen.

Die Fraktionsvorsitzende betonte aber auch, dass man sich das Gemeinwesen in Gerabronn etwas Kosten lasse. Mit Theater, Fasching, einem Haus der Vereine, Städtepartnerschaft, Hallenbad und gut ausgestattete Schulen unterscheide man sich von anderen Gemeinden. Ebenfalls sei die Feuerwehr, auch in den Ortsteilen, gut ausgerüstet.

Als Ausblick nannte Stadträtin Mayer das vom Büro Klärle begleitete Stadtentwicklungsprogramm, vom dem man sich viel erhoffe und worauf man schon sehr gespannt sei. Dabei sei auch die Ärzteversorgung wichtiger Bestandteil als Grundversorgung der Menschen.

Abschließend wies sie auf das unschätzbar wertvolle Kapital der ehrenamtlichen in allen Bereichen hin, ohne die vieles nicht finanzierbar wäre. Unter Hinweis auf einen Artikel aus dem Hohenloher Tagblatt vom November 2017 betonte Stadträtin Mayer, dass der Gerabronner Haushalt 2018 alles andere als ein Fiasko . also kein großer Misserfolg sei. Die 8,8 Mio. " Investitionen seien eine Basis für Gerabronn etwas zu gestalten, für die Menschen in Gerabronn und für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Gerabronn.

Ihren Dank an Bürgermeister Mauch, die Verwaltung und die Kolleginnen und Kollegen der CDU- und SPD-Fraktion beendete Stadträtin Mayer mit der Feststellung, dass die Fraktion der Freien Wählervereinigung dem Haushaltsplan für das Jahr 2018 zustimmen werde.

Die Stellungnahme der **CDU-Fraktion** wurde daraufhin von Stadtrat Marcus Nimrichter vorgetragen.

Da die wichtigsten Zahlen bereits vom Vorsitzenden und Stadträtin Mayer genannt wurden, verzichtete die CDU-Fraktion auf eine Wiederholung. Einführend stellte Stadtrat Nimrichter fest, dass der Haushaltsplan 2018 erstmals nach dem neuen kommunalen Kassen- und Haushaltsrecht in einem neuen, sicherlich noch gewöhnungsbedürftigem Rahmen aufgestellt wurde. Bei einem Blick auf das Ergebnis mit rund -3,6 Mio. " sicherlich kein erfreulicher Abschluss. Allerdings war dies von vornherein klar, dass solch eine Ergebnis anstehe, nach den hohen Gewerbesteuernachzahlungen aus dem Jahr 2016, so Stadtrat Nimrichter.

Im Folgenden betonte er, dass dieses Ergebnis den Gemeinderat nicht davon abhalten dürfe, die bereits angefangenen und geplanten Projekte fortzuführen bzw. zeitnah in Angriff zu nehmen. Namentlich nannte Stadtrat Nimrichter die Reaktivierung des Rathauses, die Sanierung des Kindergartens Alte Post, den Spielplatz Brändleswiese, Bauplatzerschließungen in Gerabronn und Dünsbach und die Sanierung der Ortsdurchfahrt Dünsbach. Auch die Gestaltung des Kirchplatzes müsse vorangetrieben werden. Es gelte den Blick nach vorne zu richten, da der Haushaltsplan 2018 ein Ausnahmejahr darstelle.

Die CDU-Fraktion sehe es als Aufgabe für die Zukunft an, Gerabronn als attraktiven Wohnort sowie Gewerbestandort zukunftsfähig zu gestalten. Dies bedeute mit der Zeit zu gehen und keine Angst vor Veränderungen zu haben. Durch kreative Ideen müsse Gerabronn vorangebracht werden, denn nur so könne auch in Zukunft Gerabronn für junge und ältere Menschen sowie für Familien attraktiv gestaltet werden und auch das Interesse von Investoren im Mietwohnungsbau um im Gewerbebereich geweckt werden. Hierbei sei der Spagat zwischen Wunsch und finanzieller Leistungsfähigkeit zu bewerkstelligen.

Als weitere anstehende Projekte der Zukunft nannte Stadtrat Nimrichter die Seestraße incl. Areal See, die Blaufeldener-/Rothenburger Straße, den Torturm, diverse Areale in der Hauptstraße und noch viele weitere Örtlichkeiten.

Zusammenfassend betonte Stadtrat Nimrichter, dass die Aufgaben in Zukunft sicherlich nicht weniger oder leichter würden, im Gegenteil man müsse auch weiterhin an den optimalen Lösungen für die anstehenden Aufgaben arbeiten.

Am Ende seiner Haushaltsrede dankte Stadtrat Nimrichter der Verwaltung und Stadtkämmerer Werthwein für das große Engagement im Bezug auf die Haushaltsumstellung, auch wenn diese noch nicht abgeschlossen sei. Die CDU-Fraktion werde dem Haushaltsplan für das Jahr 2018 zustimmen.

Die Stellungnahme der **SPD-Fraktion** wurde daraufhin von Stadtrat Gerhard Ellinger vorgetragen.

Eingangs seiner Rede stellte Stadtrat Ellinger fest, dass der Stadt Gerabronn im Jahr 2018 ein außerordentlich schwieriges Haushaltsjahr bevorstehe. Dieses wieder auszugleichen werde den Gemeinderat auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen. Der Schuldenberg wachse enorm an und das gute Haushaltsjahr 2016 schlage jetzt voll beim kommunalen Finanzausgleich durch, durch drastische Verschlechterungen bei den Schlüsselzuweisungen (-1,8 Mio. "). Neben weiteren Zahlen hierzu erläuterte Stadtrat Ellinger, dass wegen der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht nun auch hohe Abschreibungen erwirtschaftet werden müssten.

Weiter verwies er auf die bereits mehrfach genannte hohe Kreditaufnahme um den Finanzierungsbedarf zu decken. Dies führe zu jährlich 435.000 " Darlehnskosten, welche zusammen mit den anderen Eckdaten die Handlungsspielräume für weitere Investitionen in den kommenden Jahren enorm einschränke. Man hoffe deshalb, dass die zusätzliche Beantragung von Zuschüssen aus dem Ausgleichsstock zum Erfolg führe. Dies alles seien keine guten Voraussetzungen für noch mehr Investitionen und schon heute müsse der Blick auf die nächsten Jahre gerichtet werden, ohne dass daraus eine Blockade oder Stillstand entstehe.

Stadtrat Ellinger griff anschließend die wichtigsten Investitionen des laufenden Haushaltsjahres auf. Dabei wurde auch die Kompletterneuerung des Spielplatzes in der Langenburger Straße als gerechtfertigt und vertretbar genannt. Zusammen mit der weiteren Umgestaltung des historischen Rathausgebäudes und der Außenanlagen, sowie der Neugestaltung des Kirchplatzes werde Gerabronn weiter an Attraktivität zulegen und sich die positive Entwicklung des Stadtbildes fortsetzen.

Ebenfalls verwies der Fraktionsvorsitzende auf das Entwicklungskonzept „Generationengerechte Stadtentwicklung 2030“, welches vom Stadtentwicklungsbüro Klärle ausgearbeitet werde. Die SPD-Fraktion zeigte sich hierzu zuversichtlich, dass der Stadt damit ein neues Gesicht gegeben werden könne und die Bürgerinnen und Bürger umfassend mit eingebunden werden.

Zum Ende hob Stadtrat Ellinger hervor, dass man die Folgekosten bei allen Maßnahmen im Auge behalten müsse und wie auch in den Vorjahren eine strikte Haushaltsdisziplin erforderlich sei, um die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.

Mit dennoch optimistischem Blick in die Zukunft galt dann der abschließende Dank allen, die sich aktiv an der Aufstellung des Haushaltes beteiligt hatten, verbunden mit der Aussage, dass die SPD-Fraktion diesem zustimmen werde.

## **Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Winterhöhe“ in Dünsbach beschlossen**

Den Bebauungsplan und die örtliche Bauvorschriften „Gewerbegebiet Winterhöhe, 1. Änderung“ in Dünsbach beschloss der Gemeinderat einstimmig. Ebenso wurde die öffentliche Auslegung nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs beschlossen.

Zuvor informierte der Vorsitzende, dass wegen des sehr schlechten Straßenzustandes der L 1037 zwischen Dünsbach und Sandelsbronn eine Fahrbahndeckenerneuerung seitens des Landes Baden-Württemberg durchgeführt werden soll. In diesem Zuge ist eine neue Linksabbiegespur für den Anschluss in das Gewerbegebiet Winterhöhe geplant. Diese Linksabbiegespur war bereits Inhalt einer Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Gerabronn aus dem Jahr 2003. Damit diese von der zuständigen Straßenbauverwaltung ausgeführt werden kann sei eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Winterhöhe um die geplante Linksabbiegespur erforderlich, so Bürgermeister Mauch. Alle sonstigen Festsetzungen des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Winterhöhe“ würden unverändert weiter gelten.

Nach dem der Ortschaftsrat Dünsbach in seiner Sitzung vom 06.03.2018 der geplanten 1. Änderung des Gewerbegebiets Winterhöhe in Dünsbach einstimmig zugestimmt hatte, sah auch der Gemeinderat keine Probleme. Die neue Linksabbiegespur in das Gewerbegebiet soll im Zuge des Ausbaus der L1037 zwischen Sandelsbronn und Dünsbach angelegt werden, zusammen mit der Sanierung der Rossgasse in Dünsbach

## **Ingenieurleistungen für weitere Erschließungsarbeiten in Amlishagen und Gerabronn vergeben**

Die Honorarangebote für die Ingenieurleistungen zur Erschließung des Wohngebietes „Ort“ Amlishagen und zur Erschließung des Wohngebietes „Lindenbronner Weg 5. Bauabschnitt“ getrennt nach Straßenbau, Ortsentwässerung, Wasserversorgung und Kabelleerrohre, des Büros ipe aus Schwäbisch Hall, wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Zuvor erläuterte Bürgermeister Mauch dass durch die Erschließung des Baugebietes „Ort“ in Amlishagen 6 neue Bauplätze und durch den 5. Erschließungsabschnitt im Wohngebiet „Lindenbronner Weg“ 25 neue Bauplätze entstehen werden. Für die hierfür erforderlichen Ingenieurleistungen wurde das Angebot nach Honorarzone 2, Mindestsatz abgegeben. Die Grundleistungen umfassen 90 bzw. 93 %. Die Nebenkosten fallen i. H. v. 4 % des Nettohonorars an. Die örtliche Bauüberwachung wird mit 3 % der anrechenbaren Kosten auf Basis der Kostenfeststellung abgerechnet, was der bisherigen Vergütung entspreche, so der Vorsitzende.

## **Anlagentechnik mit drei Heizkesseln für das Nahwärmenetz im Gerabronner Schulzentrum vergeben**

Die Fa. Kurz Anlagentechnik GmbH aus Randenweiler erhielt einstimmig den Zuschlag für den Neubau der Anlagentechnik mit drei Heizkesseln für das Nahwärmenetz im Gerabronner Schulzentrum. Der Angebotspreis betrug 207.707,23 ” .

Der Vorsitzende führte hierzu aus, dass bereits in der letzten Gemeinderatssitzung angekündigt war, dass die Stadtwerke Crailsheim in einem zweiten Verfahren die Heizzentrale für das Fernwärmenetz öffentlich ausschreiben werden. Aufgrund der Komplexität des Projektes wurden die Energiebereiche Gasbrennwertkessel mit Anlagentechnik und Blockheizkraftwerk aufgeteilt. Da nur sehr wenige Fachfirmen die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes anbieten können erfolge die Ausschreibung dieser Maßnahme zu einem späteren Zeitpunkt.

Die Energiezentrale werde in dem bestehenden Heizraum und ehemaligem Öllageraum im Keller des Gymnasiums errichtet. Die Strom- und Wärmeerzeugung erfolgt über ein erdgasbefeuertes Blockheizkraftwerk und über drei erdgasbefeuerte Brennwertkessel. Das neue Heizkraftwerk wird an das vorhandene Verteil- und Fernwärmenetz angeschlossen. Mit den Arbeiten soll Anfang Juli 2018 begonnen werden. Zur Sicherstellung der Energieversorgung werde ab Mitte Mai eine mobile Wärmeversorgung für das Hallenbad und für die Stadthalle eingerichtet. Wegen des geänderten Standorts sei nun auch der bisher geplante Pufferspeicher im Außenbereich entbehrlich, so Bürgermeister Mauch.

Voraussichtlich Anfang Juli soll mit den ausgeschriebenen Arbeiten wie Neubau der Anlagentechnik mit Einbringung, Installation und Inbetriebnahme der drei Kessel, Pufferspeicher, Lüftungsbau und Übergabestationen begonnen werden. Bis zum Submissionstermin hatten drei Firmen ein Leistungsverzeichnis angefordert. Leider wurde tatsächlich nur ein Angebot abgegeben. Das Angebot der Fa. Kurz Anlagentechnik GmbH wurde fachtechnisch, rechnerisch und wirtschaftlich von den Stadtwerken Crailsheim geprüft. Die Gesamtmaßnahme mit Einbringung des noch auszuschreibenden Blockheizkraftwerkes soll bis ca. 19. November 2018 fertig gestellt werden.

Abschließend berichtet der Vorsitzende, dass am historischen Rathaus bereits die Anschlüsse für die Nahwärmeversorgung hergestellt wurden, so dass die Arbeiten an den Außenanlagen des Rathauses ungehindert weiter gehen können.

## **Stadthalle Gerabronn erhält neue Basketballanlage**

Nach kurzer Diskussion sprach sich der Gemeinderat einstimmig für die Installation einer neuen, elektrisch absenkbaren Basketballkorbanlage an der Decke der Gerabronner Stadthalle aus. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 18.000 ” .

Bürgermeister Mauch wies darauf hin, dass schon seit Jahren der Wunsch von den Schulen bestehe, dass in der Stadthalle eine neue Basketballanlage an der Decke angebracht wird. Bisher wurden für Basketballspiele die zwei großen und schweren mobilen Basketballkörbe von dem Geräteraum in die Halle geschoben. Dieser vorbereitende Arbeitseinsatz sei aber mühsam und zeitintensiv. Zusätzlich sind an den Hallenwänden sechs Basketballkörbe fest angebracht, welche aber aufgrund ihrer Nähe zur Wand nicht mehr den Vorgaben entsprächen.

Die neuen Basketballkörbe sollen so montiert werden, dass sie von unten sichtbar an der Decke platziert sind. Das Basketball-Deckengerüst wird im Deckenfarbton lackiert und das Basketball-Zielbrett erfolgt in transparenter Ausführung. Eine vollständige Versenkung der Basketballkörbe im Dachraum sei leider nicht möglich. Über zwei Elektromotoren können diese zukünftig elektrisch abgesenkt werden.

Über alle Fraktionen im Gemeinderat war man sich darüber einig, dass dieser Umbau die Stadthalle nicht verschönere. Man stecke in einem Dilemma, da es eine Sport- und Stadthalle sei, die Sportnutzung aber zeitlich überwiege. Letztlich war man sich darüber einig auch an dieser Stelle wieder ein Signal für die Stärkung des Gerabronner Schulstandorts zu setzen, zumal der Basketballsport am Gymnasium intensiv betrieben werde.

### **Schöffen und Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 vorgeschlagen**

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, für die Vorschlagsliste der Jugendschöffen, Heidegret Mayer, Jutta Meinikheim, Marcus Nimrichter und Bettina Rath zu benennen. Ebenfalls einstimmig wurde beschlossen, für die Vorschlagsliste der Schöffen Markus Autenrieth und Manfred Schuch zu benennen.

Bereits in der Gemeinderatssitzung im März 2018 hatte sich das Gremium mit dem Thema befasst. Der Gemeinderat hatte dabei festgelegt, das bisher praktizierte Verfahren, wonach die Kandidaten vom Gemeinderat vorgeschlagen und benannt werden beizubehalten, da der Gemeinderat einen repräsentativen Querschnitt durch alle Bevölkerungsschichten darstelle und somit gewährleistet sei, dass alle Gruppen der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigt würden.

In der jüngsten Sitzung wurde nun die Wahl mit dem oben dargestellten Ergebnis durchgeführt. Die für das Amt des Jugendschöffen gewählten Personen werden nun dem Landratsamt mitgeteilt. Die für das Amt der Schöffen ausgewählten Personen werden im Anschluss an eine Bekanntmachung im Mitteilungsblatt dem zuständigen Amtsgericht mitgeteilt.

## **Bausachen**

Dem Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage und Carport auf Flst. Nr. 709/26 im Baugebiet „Lindenbronner Weg“ nahm der Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis. Beim geplanten Bauvorhaben gibt es keine Abweichungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans „Lindenbronner Weg“.

Bei einem weiteren Bauantrag, dem Neubau von zwei Garagen plus überdachte Stellplätze sowie Dachgaube und Abstellraum im Dachgeschoss im Gottlob-Egelhaaf-Ring 48 in Gerabronn erteilte der Gemeinderat einstimmig sein Einvernehmen. Bezüglich einzelner Überschreitungen von Baugrenzen wurden Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans „Lindenbronner Weg“ erteilt. Bürgermeister Mauch erläuterte anhand verschiedener Ansichten und Lagepläne die geplanten Bau- und Umbaumaßnahmen.

## **Kurz berichtet**

Bürgermeister Mauch berichtete, dass für die neue 5. Klasse am Gerabronner Gymnasium insgesamt 48 Schüler angemeldet wurden und damit die Klassenstufe 5 weiterhin stabil zweizügig bleibe.

Dem Antrag auf Erlass der Hallenmiete der Ev. Gesamtkirchengemeinde für die Visitation am 27.06.2018 stimmte der Gemeinderat einstimmig zu.

Im Rahmen der Anfragen der Gemeinderäte wurde im Zusammenhang mit der Außengestaltung am historischen Rathausgebäude das zukünftige Beleuchtungskonzept angesprochen. Wunsch des Gemeinderates ist es, das historische Rathausgebäude bei Dunkelheit anspruchsvoll zu illuminieren.

Weiter wurde der Wunsch geäußert, im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Spielplatzes Brändleswiese, auch einen neuen Fußgängerübergang an der Langenburger Straße im Rahmen der Verkehrsschau prüfen zu lassen.

Die Sperrung der Landesstraße L1037 Richtung Elpershofen soll noch voraussichtlich bis zum Ende der Sommerferien bestehen bleiben.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet voraussichtlich am Dienstag, 15.05.2018 statt.

In der sich anschließenden nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung wurden noch die Tagesordnungspunkte Grundstücksangelegenheiten, Personalangelegenheiten, Verschiedenes und Anfragen der Gemeinderäte behandelt.